



Presseschau vom 02.11.2017

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *Korrespondent* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *Korrespondent* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Abends/nachts:

de.sputniknews.com: Kreml-Anwärtlerin Sobtschak: Was mich und Putin verbindet

Die TV-Moderatorin Xenia Sobtschak, die bei der russischen Präsidentschaftswahl 2018 als Oppositionskandidatin antreten will, hat in einem Interview für den britischen Sender BBC geäußert, was sie und den russischen Präsidenten Wladimir Putin verbindet.

„Meine einzige Verbindung zu Putin ist die Tatsache, dass er, als ich ein 10-jähriges Mädchen war und Nintendo und Super Mario spielte, mit meinem Vater gearbeitet hat“, sagte Sobtschak gegenüber BBC.

Sie fügte hinzu, insgesamt habe sie sich mit Putin nur einmal getroffen – um mit ihm ein Interview für eine Doku zu machen, die sie über ihren Vater, den früheren Bürgermeister von Sankt Petersburg Anatoli Sobtschak dreht.

Sobtschak schätzte auch im Interview ihre Chancen bei dieser Präsidentschaftswahl als „weniger als minimal“ ein.

Die nächste Präsidentschaftswahl in Russland ist für den 18. März angesetzt. Obwohl der langjährige Amtsinhaber Wladimir Putin seine Kandidatur bisher nicht offiziell bestätigt hat, sehen ihn die Umfragen als haushohen Favoriten.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31812/75/318127564.jpg>

de.sputniknews.com: Nach Israels Raketenschlag: Syrische Luftabwehr eröffnet Feuer
Die syrische Luftabwehr hat auf einen Raketenschlag seitens der Luftwaffe Israels in der Provinz Homs reagiert, teilte RIA Nowosti unter Berufung auf eine eigene Quelle mit. „Die Boden-Luft-Raketen der 72. Division der Armee Syriens haben auf die Aggression der israelischen Luftwaffe in der Provinz Homs reagiert“, so die Quelle. Zuvor hatte die Agentur unter Verweis auf eine Quelle im Sicherheitsdienst des Libanons berichtet, dass die israelische Luftwaffe einen Raketenschlag aus dem Luftraum des Libanons auf das Territorium Syriens am Mittwochabend versetzt hatte. „Nach unseren Angaben haben israelische Flugzeuge einen Raketenschlag auf das Territorium Syriens aus dem Luftraum des Libanons im Bezirk Bekaa versetzt“, sagte die Quelle.

de.sputniknews.com: Moskau wirft US-Koalition „geographischen Irrsinn“ vor
Der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums Igor Konaschenkow hat die Erklärung der US-geführten Koalition über fliehende Zivilisten aus dem von der syrischen Regierungsarmee befreiten Deir ez-Zor als „geographischen Irrsinn“ bezeichnet. Der Leiter der Spezialkräfte der US-Koalition, Generalmajor James Gerrard, hatte zuvor erklärt, dass Tausende Araber aus Deir ez-Zor in die Stadt al-Mayadeen fliehen würden – aber nicht vor den Terroristen der Terrormiliz Islamischer Staat (IS, auch Daesh), sondern angeblich vor den Regierungskräften. Ihm zufolge gehen die Menschen dabei nicht süd-, sondern nordwärts – in die von den „Demokratischen Kräften Syriens“ kontrollierten Gebiete. „Gerrard hat neulich in seinen Phantasien über die Ereignisse im Osten Syriens all seine Kollegen übertroffen“, sagte Konaschenkow. „Es war ziemlich merkwürdig, vom Leiter der Spezialkräfte einen geographischen Irrsinn über die aus dem vom IS befreiten Deir ez-Zor in Richtung al-Mayadeen (im Süden des Landes) angeblich fliehenden „Tausenden Araber“ zu hören. Dabei wurde betont, dass die Menschen nicht ‚nach Süden, wo Araber leben, sondern nach Norden‘ fliehen.“
Konaschenkow betonte, dass es in Wirklichkeit keine Syrer gebe, die nach Norden, also in Richtung der befreiten Stadt Rakka fliehen wollten. „Denn nach den Bombardements der Stadt durch die US-geführte Koalition gibt es eben kein Rakka mehr“, so der russische Armeesprecher.
Konaschenkow erinnerte zudem daran, dass die syrische Armee al-Mayadeen vor mehr als

zwei Wochen befreit habe, und dass „Tausende Syrer“ dorthin nicht etwa fliehen, sondern mit der vom russischen Zentrum für die Versöhnung der Konfliktparteien und anderen internationalen Organisationen bereitgestellten humanitären Hilfe heimkehren würden. „Der Willen, sich im Wunschdenken in Syrien zu üben, ohne dabei die reale Lage ‚am Boden‘ zu kennen, ist für die meisten Vertreter der US-geführten Koalition typisch“, betonte Konaschenkow abschließend.

de.sputniknews.com: Russische Botschaft verglich US-Kongressleute mit „Krämern, die Krieg entfesselten“

Die Aussagen der IT-Unternehmen Twitter, Facebook und Google vor dem US-Kongress haben laut der russischen Botschaft in den USA erneut bestätigt, dass es keine Beweise für die angebliche Einmischung Moskaus in den US-Wahlkampf gibt. Zudem verglich die Botschaft die US-Kongressmitglieder mit „Krämern, die einen Krieg entfesselten“.

„Wie es in letzter Zeit oft in den USA geschieht, versucht man, unbequeme Fakten mit Beleidigungen uns gegenüber zu decken“, heißt es in einer Mitteilung der russischen Botschaft in den USA auf Facebook.

Unter anderem hob die Botschaft die Erklärung eines Kongressmitglieds hervor, in der jener die russische Führung als „faschistisch“ bezeichnet haben soll.

„Solche offene Provokationen beeinträchtigen die ohnehin nicht einfachen russisch-amerikanischen Beziehungen. Nun ist sogar für jene, die hier den Ton von Kaufleuten bevorzugen, die den Zweiten Weltkrieg entfesselt hatten, die Zeit gekommen, zu verstehen, dass sich die Russische Föderation nicht in die inneren Angelegenheiten der USA einmische“, so die Mitteilung.

Zudem brachte die diplomatische Vertretung ihre Hoffnung zum Ausdruck, dass der „Geist der Zusammenarbeit, darunter auch im Kampf, in den bilateralen Beziehungen doch Oberhand gewinnen wird“.

„Er ist jetzt für den Kampf gegen die neue Bedrohung — den internationalen Terrorismus — erforderlich“, schrieb die Botschaft.

Zuvor hatten sich Facebook und Twitter dazu verpflichtet, dem US-Senat Angaben über die Accounts, die mit Russland verbunden sein könnten, bereitzustellen. Facebook hatte auch seine Regelungen für politische Werbung verschärft, und Twitter hatte beschlossen, die Werbung der Accounts von RT und Sputnik zu blockieren.

Die Ermittlungen zu Russlands angeblicher „Einmischung in die US-amerikanischen Wahlen“ sowie zu mutmaßlichen Verbindungen von US-Präsident Donald Trump zu Russland, die im Weißen Haus ebenso wie im Kreml verneint werden, laufen gegenwärtig im FBI und im US-Kongress.

Russland hat die Beschuldigungen, versucht zu haben, die US-Präsidentenwahl zu beeinflussen, wiederholt als „absolut unbegründet“ zurückgewiesen

vormittags:

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden **siebenmal** die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit.

Beschossen wurden die Gebiete von **Perwomajsk, Slawjanoserbsk, Frunse, Sokolniki, Wesjologorowka und Logwinowo.**

Geschossen wurde mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Granatwerfern und Schusswaffen.

de.sputniknews.com: **„Heil der Ukraine“: Kanadas Politiker in traditioneller ukrainischer Kleidung**

Der kanadische Verteidigungsminister Harjit Sajjan ist anlässlich des Tages der Ukraine im Parlament seines Landes im traditionellen ukrainischen Hemd mit dem Wyschywanka-Stickmuster erschienen und hat später in seinem Twitter-Account einen Beitrag auf Ukrainisch gepostet.

„Auf dem Parlamentshügel wird der ‚Tag der Ukraine‘ gefeiert! Die Streitkräfte Kanadas arbeiten wunderbar mit Partnern aus den ukrainischen Streitkräften zusammen. Heil der Ukraine!“, twitterte Sajjan.

Kanada liegt nach der Anzahl der ukrainischen Bevölkerung — etwa 300.000 Ukrainer — nach der Ukraine und Russland in der Welt an dritter Stelle.

Harjit Singh Sajjan ist seit November 2015 unter Justin Trudeau Verteidigungsminister im 29. Kanadischen Kabinett. Sajjan ist der erste Sikh, der ein kanadisches Armeeregiment kommandierte.



<https://pbs.twimg.com/media/DNjZf8XX4Aj9y7.jpg>

armiyadnr.su: Operative Information über die Lage

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte **44 Mal** das Regime der Feueinstellung verletzt. Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete von **15 Ortschaften der Republik** mit Panzern, Mörsern verschiedenen Kalibers, Schützenpanzerwagen- und Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

de.sputniknews.com: UN-Resolutionsentwurf: So will Kiew sein Hauptziel erreichen
Der neue Resolutionsentwurf über die Krim, den Kiew den Vereinten Nationen vorgelegt hat, soll etliche neue Forderungen an Russland beinhalten, mit denen die „Rückkehr“ der Halbinsel in den Bestand der Ukraine näher rücken soll.

Das neue Dokument weist darauf hin, dass es zwischen der Ukraine und Russland „einen internationalen bewaffneten Konflikt“ gibt, berichtet die staatliche Nachrichtenagentur Ukrinform unter Berufung auf den ständigen Vertreter der Ukraine bei der Uno, Wladimir Jeltschenko. Darin würden außerdem die „rückwirkende Anwendung“ russischer Gesetze auf der Krim sowie die angebliche „Zwangseinbürgerung“ der ukrainischen Bürger durch Russland angeprangert.

Zudem seien Russlands Entscheidungen und Gesetze auf der Krim von geringer Bedeutung, da das Land keine Rechtshoheit auf der Halbinsel besitze.

Der Resolutionsentwurf ruft unter anderem die russischen Behörden dazu auf, den Bildungsprozess auf Ukrainisch und Krimtatarisch zu sichern sowie die ukrainischen Gesetze einzuhalten, unter anderem im Bereich des Eigentumsrechts.

Laut Jeltschenko wird in dem Dokument der UN-Generalsekretär dazu aufgefordert, die UN-Strukturen zu koordinieren, damit die Resolution in die Tat umgesetzt werden könne.

„Wenn wir und unsere Partner hartnäckig sind, dann wird Russland früher oder später gezwungen sein, unter dem internationalen Druck all diese Forderungen zu erfüllen. Diese Arbeit bringt die Befreiung der Krim näher, was unser Hauptziel ist“, zitiert die Agentur den UN-Vertreter.

Dnr-online.ru: Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 44.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie des „Schulwaffenstillstands“ mit folgenden Waffen beschossen:

Richtung Gorlowka: Handgranatwerfer – 2 Granaten; automatische Granatwerfer – 1 Mal (44 Granaten), je einmal mit großkalibrigen Schusswaffen und leichten Schusswaffen.

Richtung Donezk: Mörser: 120mm – 19 Mal (126 Geschosse), 82mm – 29 Mal (166 Geschosse); Panzer – 5 Mal (13 Schüsse); Schützenpanzer/Schützenpanzerwagen – 2 Mal (13 Schüsse); Handgranatwerfer – 86 Granaten; automatische Granatwerfer – 15 Mal (384 Granaten); großkalibrige Schusswaffen – 36 Mal; leichte Schusswaffen – 30 Mal.

Richtung Mariupol: Mörser 82mm – 2 Mal (44 Geschosse); Handgranatwerfer – 7 Granaten; automatische Granatwerfer – 1 mal (58 Granaten); großkalibrige Schusswaffen – 1 mal; leichte Schusswaffen – 1 mal.

Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften verwendeten Geschosse – 1013.

In den vorangehenden 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgeschossenen Geschosse 761.

de.sputniknews.com: „Sekundäre Sanktionen“: USA verfolgen bald in ganzer Welt wegen **Hilfe für Russen**

Das Amt für Kontrolle von Auslandsvermögen (OFAC) beim US-Finanzministeriums hat am

Dienstag Erläuterungen zu den neuen Russland-Sanktionen veröffentlicht, wonach diese für ausländische Personen bzw. Unternehmen gültig sind, die helfen, Geschäfte im Interesse der auf die Sanktionsliste gesetzten Russen abzuwickeln.

Wie die Agentur RBK am Donnerstag schrieb, sieht das im August von US-Präsident Donald Trump unterzeichnete Gesetz über die Erweiterung der Russland — Sanktionen (CAATSA) eine Reihe von sogenannten sekundären Sanktionen vor — Maßnahmen gegen nicht US-Bürger, die mit den verbotenen russischen Sektoren, Projekten und Personen zusammenarbeiten.

Zuvor waren die sekundären Sanktionen eher für solche Sanktionsprogramme wie das iranische und das nordkoreanische kennzeichnend.

Die direkte Verpflichtung, die durch die Strafmaßnahmen gegen Russland bedingten Verbote einzuhalten, galt somit früher nur für US-Bürger, für die nach der US-Gesetzgebung gegründeten Unternehmen und für die in den USA weilenden Personen.

Nun riskierten Banken und Firmen in aller Welt, unter die Sanktionen zu fallen, sollten sie mit den auf die Sanktionsliste gesetzten Russen zusammenwirken.

Russische SDN werden von der Welt isoliert

Insbesondere verpflichtete das CAATSA-Gesetz den US-Präsidenten, Sanktionen gegen ausländische Finanzinstitute (Banken, Börsenmakler, Investitionsunternehmen, Clearinghäuser usw.) zu verhängen, von denen der Finanzminister wisse, dass sie „bedeutsame finanzielle Transaktionen“ im Interesse russischer Bürger gefördert hätten, die auf der wegen des Ukraine-Konfliktes erstellten SDN-Sanktionsliste (Blocked Persons List) stehen.

Jenen Instituten, die seit September 2017 trotz des Verbots Unterstützung erwiesen hätten, drohe, keine Korrespondenzkonten in den USA mehr eröffnen bzw. führen zu dürfen, was eine faktische Isolation vom US-amerikanischen Dollarsystem bedeute.

Obwohl die Möglichkeit, solche Einschränkungen gegen ausländische Banken einzuführen, schon in dem Ende 2014 verabschiedeten Gesetz zur Unterstützung der Freiheit der Ukraine (UFSA) vorgesehen war, hatte sie die frühere US-Administration nicht genutzt, während das neue Gesetz diese Maßnahmen nun obligatorisch macht.

Die vom OFAC bekannt gegebenen Erläuterungen zeugten davon, dass das US-Finanzministerium diese Strafmaßnahmen als verpflichtend betrachte und beabsichtige, von diesem Artikel gegen nicht US-amerikanische Banken, die große Transaktionen mit den auf der SDN-Sanktionsliste stehenden russischen Personen tätigen, wirklich Gebrauch zu machen, sagte Alan Kartashkin, Partner der internationalen Anwaltskanzlei „Debevoise & Plimpton“ in Moskau, gegenüber der Agentur.

Ein US-Außenminister (jetzt Rex Tillerson – Anm. d. R.) könne die Bestrafung eines ausländischen Finanzinstituts wegen der Hilfe für Russen aus der SDN-Liste blockieren, wenn entschieden werde, dass diese Bestrafung den nationalen Interessen der USA widerspreche, heißt es in der Mitteilung des Amtes für Kontrolle von Auslandsvermögen. Auf der SDN-Liste stünden zurzeit 99 russische Bürger und Organisationen, die wegen ihrer angeblichen Beteiligung am Ukraine-Konflikt von der US-Wirtschaft insoliert seien.

„Familiensanktionen“

Unter anderem schließe das CAATSA-Gesetz die Verhängung von Einschränkungen gegen Bürger und Unternehmen außerhalb der USA mit ein, die der Förderung von „großen Transaktionen“ im Interesse der russischen Bürger beschuldigt würden, die auf die Sanktionsliste wegen des Ukraine-Konflikts, der Cyberangriffe auf US-Systeme und der angeblichen Einmischung in den US-Wahlkampf gesetzt worden seien.

Im Rahmen der sogenannten „Cybersanktionen“ stünden der russische Inlandsgeheimdienst FSB, die Hauptverwaltung für Aufklärung beim Generalstab der russischen Streitkräfte GRU sowie mehrere russische Organisationen, die die USA der Beteiligung an Aufklärungstätigkeiten verdächtigen, auf der SDN-Liste.

Zudem könnten die USA Ausländer auch dafür belangen, dass diese ihren in die Sanktionsliste aufgenommenen nahen Verwandten (Eheleuten, Eltern, Brüdern/Schwestern, Kindern) helfen, Transaktionen zu tätigen, erläuterte Kartashkin.

de.sputniknews.com: **Moskau glaubt Pentagon nicht – Gewebeprobensammlung für Sicherheit gefährlich**

Die Gründe für die Sammlung von russischem Genmaterial, die das Pentagon am Vortag erläuterte, sind laut dem russischen Vizeaußenminister Sergej Rjabkow zweifelhaft und erdacht.

Moskau habe weiterhin Fragen an Washington im Bereich der biologischen Sicherheit. Das Vorgehen der USA könne hypothetisch eine Gefahr für Russlands Sicherheit darstellen. Zuvor hatte der Vertreter des US-Kommandos für Ausbildung und Training der Luftwaffensoldaten (AETC), Bo Downey, mitgeteilt, dass russische Gewebeproben für eine Untersuchung des Bewegungsapparats nötig seien. Die Wahl der Russen für diese Recherche sei unbeabsichtigt gewesen. Diese Untersuchung führt das Zentrum für molekulare Forschung der 59. medizinischen Fluggruppe durch, um „verschiedene Biomarker, die mit Verletzungen verbunden sind, aufzuzeigen“.

Das AETC hatte am 19. Juli einen Vertrag zum Kauf von 12 RNA- und 27 eingefrorenen Synovia-Mustern, die „russischer/europäischer Abstammung“ sind, veröffentlicht. Dass landesweit „zu unklarem Zweck“ Bio-Proben entnommen werden, hatte Präsident Wladimir Putin am Montag mitgeteilt.

Sicherheitspolitiker und Experten mutmaßten daraufhin, dass im Westen eine neue, speziell auf die Russen zugeschnittene Biowaffe entwickelt werde.

Lug-info.com: **Abkommandierte Mitarbeiter einer Spezialabteilung des Sicherheitsdienstes der Ukraine (SBU) haben ein Kinderlager im Starobelskij-Bezirk am Ufer des Ajdar eingenommen. Dies teilte das Innenministerium der LVR mit.**

„Bei der Hotline des Innenministeriums der LVR ist eine Mitteilung von einem Mitarbeiter der sogenannten „Leitung des SBU im Donezker und Lugansker Oblast“ eingegangen. Im Rahmen des ministeriellen Programms zur Zahlung für Informationen über Verbrechen der ukrainischen Straftruppen hat eine Amtsperson den Operatoren der Hotline eine Reihe interner Dokumente des SBU übergeben, unter anderem über Aktivitäten einer Spezialabteilung des SBU auf dem Territorium des Lugansker Landes“, teilte die Polizei mit. „Sie sind abkommandiert. Sie leben in Liman im Pionierlager „Jelotschka“. Sie arbeiten an Spezialaufgaben. Sich dem Lager zu nähern ist nicht erlaubt – alles wird bewacht. Nicht so bei unseren Kollegen aus Iwano-Frankowsk. Sie leben im Hotel „Ajdar“ in Starobelsk, vor aller Augen und verstecken sich nicht“, berichtete der Anrufer.

Nachmittags:

de.sputniknews.com: **Krim-Turbinen: Siemens scheitert mit Gesuch beim Moskauer Gericht**
Die Siemens AG will das Gerichtsverfahren wegen der Lieferungen seiner Turbinen auf die Halbinsel Krim zeitweilig einstellen lassen: Ein Vertreter des Konzerns reichte am Donnerstag beim Schiedsgericht Moskau ein entsprechendes Gesuch ein. Das Gericht lehnte die Bitte jedoch ab.

Siemens hatte zuvor „Technopromexport“ (Tochterfirma des russischen Konzerns Rostech) wegen der angeblich illegalen Lieferungen von vier Turbinen für ein Kraftwerk auf der Krim

verklagt.

Der Siemens-Vertreter bat laut einem Korrespondenten der Agentur RIA Novosti, das Verfahren solange einzustellen, bis die Klage der Tochtergesellschaft „Siemens Gasturbinen-Technologie“, die zu 65 Prozent Siemens und zu 35 Prozent dem russischen Unternehmen „Silowyye mashiny“ gehört, geprüft worden sei. Eine Entscheidung zu jener Klage werde in diesem Gerichtsprozess unentbehrlich sein.

Das Schiedsgericht in Moskau lehnte die Bitte von Siemens jedoch ab und verschob die Verhandlungen zu den Gegenklagen von Siemens und den Rostech-Strukturen auf den 5. Dezember.

Ein Vertreter von Technopromexport hatte zuvor Einwände gegen die Einstellung des Gerichtsverfahrens erhoben. Der deutsche Konzern wolle nur die Prüfung der Gegenklage von Rostech hinauszögern, erklärte er.

„Es ist offensichtlich, dass unser Kontrahent das Recht missbraucht (...) Es werden neue Gesuche eingebracht, die das eigentliche Gerichtsverfahren verzögern“, hieß es. Die Klage von Siemens habe zudem keinen wirtschaftlichen, sondern einen „politischen Charakter“.

Die Siemens AG hatte im vergangenen Juli gegen die russische Rostech-Tochter Technopromexport (TPE) und das eigene Tochterunternehmen eine Klage beim Schiedsgericht Moskau eingereicht. Der Konzern wirft „Technopromexport“ vor, vier Turbinen für ein Kraftwerk illegal auf die Krim gebracht zu haben. In Übereinstimmung mit den EU-Einschränkungsmaßnahmen gegen Russland hatte der deutsche Konzern den Einsatz seiner Turbinen für die Stromerzeugung auf der Krim untersagt.

Siemens will erreichen, dass die Lieferungen der Turbinen für ein Projekt auf der Taman-Halbinsel auf die Krim als rechtswidrig anerkannt werden.

„Technopromexport“ reichte daraufhin eine Gegenklage gegen Siemens ein. Das russische Unternehmen forderte, bestimmte Punkte des Liefervertrages mit Siemens als ungültig anzuerkennen.

de.sputniknews.com: Unterminierungsversuche von UN-OPCW-Mission in Syrien? Moskau reagiert auf Vorwürfe

Russlands Außenministerium hat die jüngsten Vorwürfe des Weißen Hauses kommentiert, wonach Russland versucht, die Arbeit des gemeinsamen Mechanismus der Uno und der OPCW (Joint Investigation Mechanism) zu Syrien zu unterminieren.

„Ich möchte nicht den Weg einer emotionalen Antwort gehen, obwohl sich diese aufdrängt. (...) Es ist in der besseren Gesellschaft so üblich, zunächst zu verstehen, was passiert ist, bevor man irgendwelche Vorwürfe erhebt“, sagte Russlands Vize-Außenminister Sergej Rjabkow.

Man dürfe nicht „gedankenlos solche wichtigen Entscheidungen treffen“, ohne den aktuellen Sachstand zu bewerten. Ohne das sei es unmöglich zu bestimmen, ob das aktuelle Mandat verlängert oder korrigiert werden muss.

Das russische Außenministerium verwies darauf, dass Moskau unter anderem an der Schaffung des Untersuchungsmechanismus beteiligt war. Die Einstellung des Kremls bestehe darin, die Verantwortlichen für den Einsatz von Chemiewaffen in Syrien zu finden und zu bestrafen.

Zuvor hatte das Weiße Haus mitgeteilt, dass die Versuche Russlands, den gemeinsamen Mechanismus der Uno und der OPCW zu unterminieren und zu eliminieren, eine gefühllose Missachtung der Leiden und des Todes durch Chemiewaffen und eine Respektlosigkeit gegenüber den internationalen Normen demonstrierten.

Der gemeinsame Mechanismus der Uno und der OPCW (Joint Investigation Mechanism) hatte am vorigen Donnerstag dem UN-Sicherheitsrat seinen Bericht zu Giftgas-Attacken in Syrien vorgestellt. UN-Experten hatten die syrische Armee für den Giftgasangriff in Chan Scheihun verantwortlich gemacht. Das Giftgas sei mit einer Bombe aus einem Flugzeug

abgeworfen worden. Dem Bericht zufolge setzte der IS im September 2016 zudem Senfgas in der syrischen Stadt Umm Hausch ein.

Zuvor hatte Russland ein Veto gegen eine von den USA gewollte Terminverlängerung für die UN-Giftgasuntersuchung in Syrien eingelegt. Das Mandat der Untersuchungskommission läuft am 17. November aus. Moskau begründete dies damit, dass zuerst ein Bericht zu der Giftgasattacke am 4. April vorgelegt werden müsse, ehe das Mandat verlängert werden könne. Am 4. April 2017 waren in der syrischen Stadt Chan Scheihun bei einem Giftgasangriff mehr als 80 Menschen ums Leben gekommen. US-Präsident Donald Trump ordnete daraufhin als Vergeltung einen Raketenangriff auf den syrischen Flugplatz Schairat an. Die syrische Regierung streitet jegliche Vorwürfe wegen des angeblichen Giftgasangriffs ab.

de.sputniknews.com: **Warschau warnt Kiew: Antipolnisch eingestellten Personen wird Einreise verboten**

Warschau hat vor, Personen, die eine antipolnische Position vertreten, die Einreise zu verbieten. Somit kommentierte der Außenminister des Landes, Witold Waszczykowski, den Zustand der polnisch-ukrainischen Beziehungen.

Warschau und Kiew haben ihm zufolge „unterschiedliche Versöhnungskonzepte“. „Wir sind uns im Klaren, wie wichtig die Ukraine im geopolitischen Sinne für uns ist“, sagte der Minister dem Polnischen Fernsehen. „Die Ukrainer kennen diese Bedeutung ihres Landes für unsere Sicherheit und glauben daher, dass Fragen, die uns trennen, vor allem historische, in diesem Falle in den Hintergrund treten sollen.“

Derzeit werde ein Prozess eingeleitet, der Personen mit extrem antipolnischen Einstellungen verbieten werde, Polen zu bereisen. „Menschen, die demonstrativ Uniformen der ‚SS Galitschina‘ anziehen, werden nicht nach Polen einreisen“, betonte der Außenminister. Dies betreffe auch diejenigen, die es zum Beispiel auf der administrativen Ebene nicht erlauben, polnische Gedenkstätten wiederaufzubauen. „Personen, die administrative Instrumente gegen Polen einsetzen, werden ebenfalls mit entsprechenden Folgen rechnen müssen“, so Waszczykowski.

Derzeit überlege er zudem, ob er dem polnischen Präsidenten raten solle, jetzt in die Ukraine zu reisen. „Sollte dies geschehen, so wird es ausschließlich ein Arbeitsbesuch und kein politischer sein“, sagte der Außenminister weiter.

Zuvor waren mehrere polnische Denkmäler in der Ukraine geschändet worden. Im Gebiet Lwiw wurde ein Denkmal für die polnischen Opfer des Massakers der SS-Grenadier-Division „Galitschina“ im Jahr 1944 gesprengt. Zuvor war zudem ein Memorial auf dem polnischen Friedhof auf dem Territorium des historischen Parks „Bykivnia Gräber“ von Unbekannten mit der Symbolik der SS-Division „Galitschina“ beschmiert worden.

lug-info.com: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR**

Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR bleibt angespannt, in den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Truppen **siebenmal das Regime der Feueinstellung verletzt.**

Beschossen wurden die Positionen unserer Einheiten im Gebiet von **Logwinowo, Perwomajsk, Wesjologorowka, Frunse, Sokolniki und Slawjanoserbsk. Die ukrainischen Streitkräfte haben 120mm- und 82mm-Mörser, Granatwerfer verschiedener Art und Schusswaffen verwendet.**

Insgesamt wurden 86 Geschosse auf das Territorium der Republik abgeschossen.

Auch die internationalen Beobachter halten die Tatsache, dass die Ukraine die Bedingungen der Minsker Vereinbarungen verletzt, fest.

Die OSZE-Mission gibt beispielsweise in ihren Berichten an, dass die Beobachtungskamera

der Mission am Denkmal des Fürsten Igor am 30. Oktober eine Detonation in der Nähe des Denkmals festgehalten hat.

Gegen Mittag am 31. Oktober haben Mitglieder einer Patrouille der Mission sieben Salven und vier Schüsse mit Schusswaffen einen Kilometer nordwestlich von Christowoje gehört. Ebenfalls geben die internationalen Beobachter in ihrem Bericht vom 2. November an, dass sie einen frischen Krater am westlichen Rand von Slawjanoserbsk entdeckt haben. Nach Einschätzung der Beobachter entstand der Krater durch die Detonation eines 82mm-Mörsergeschosses, das aus Richtung Norden abgeschossen wurde.

Im Rahmen von Rotationsmaßnahmen wurde von uns die Ankunft und Beladung von Technik der 14. mechanisierten Brigade am Bahnhof von Rubeshnoje bemerkt, es handelt sich um 15 Schützenpanzer, 5 Panzertransporter, 25 Fahrzeuge.

Ich möchte anmerken, dass die Abreise der Soldaten und Technik der ukrainischen Streitkräfte aus der „ATO“-Zone mit großer Verzögerung und unter Verletzung des Zeitplans erfolgt, was mit der niedrigen Personalausstattung der Einheiten mit Fahren und der schwachen Organisation, die für die ukrainischen Streitkräfte traditionell ist, zusammenhängt.

de.sputniknews.com: **Volkers Einstellung zu Donbass führt Regelung in Sackgasse – Donezker Republikchef**

Die Einstellung des US-Sonderbeauftragten für die Ukraine, Kurt Volker, der die selbsterklärten Volksrepubliken Donezk und Lugansk nach einem UN-Mandat aus den Verhandlungen ausschließen will, führt den Regelungsprozess im Donbass in die Sackgasse. Dies sagte der Chef der selbsterklärten Volksrepublik Donezk, Alexander Sachartschenko.

„Was die Einstellung von Kurt Volker angeht, ist sie mindestens nicht klug, weil sie in eine Sackgasse führt. Wenn Volker, der zur Regelung des Konflikts beitragen und einen Ausweg dafür suchen soll, umgekehrt den Konflikt in die Sackgasse führt, wird er entlassen, weil er mit der Aufgabe nicht fertig geworden ist“, sagte Sachartschenko am Donnerstag.

Die Konfliktseiten sind ihm zufolge die selbsterklärten Volksrepubliken und Kiew. „Ohne eine der Seiten kann man keine Konfliktregelung erreichen“, fügte der DNR-Chef hinzu. Davor hatte Volker jegliche Diskussionen mit den selbsterklärten Volksrepubliken Donezk und Lugansk über den Einzug einer UN-Friedensmission im Donbass strikt abgelehnt.

Russlands Außenminister Sergej Lawrow sagte dazu, dass diese Erklärungen den im Normandie-Format unternommen Bemühungen widersprechen.

Der russische Präsident Wladimir Putin hatte zuvor die Idee unterstützt, eine UN-Friedensmission in die Ukraine zu schicken. Er räumte zugleich ein, dass es dabei nur um die Gewährleistung der Sicherheit der OSZE-Mitarbeiter gehen könne und dass die Blauhelme sich an der Trennlinie und auf keinen anderen Territorien aufhalten dürften.

Kiew hingegen plädiert für ein umfassenderes Mandat der UN-Mission, das den Einsatz von Blauhelmen auf dem gesamten Territorium des Donbass bis hin zur russischen Grenze vorsieht.

Ukrinform.ua: VAE versichern der Ukraine die Unterstützung ihrer territorialen Integrität
Der Herrscher des Emirats Dubai und Premierminister, Verteidigungsminister sowie Vizepräsident der Vereinigten Arabischen Emirate haben beim Treffen mit dem Präsidenten der Ukraine bestätigt, dass die Vereinigten Arabischen Emirate die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen unterstützen, berichtet der Pressedienst des ukrainischen Staatsoberhauptes.

„Der Scheich Muhammad bin Raschid Al Maktum hat bestätigt, dass die Vereinigten Arabischen Emirate die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen unterstützen. Auch wurde die Vereinbarung zur Unterstützung der Krimtataren seitens der VAE getroffen“, so die Meldung.

Während des Treffens hat Poroschenko den traditionell freundschaftlichen Charakter der Beziehungen zwischen der Ukraine und den Vereinigten Arabischen Emiraten hervorgehoben und die Hoffnung auf die Unterstützung durch die VAE der Initiativen der Ukraine im Rahmen der internationalen Organisationen geäußert, die auf den Schutz ihrer Souveränität und die Wiederherstellung der territorialen Integrität abzielen

de.sputniknews.com: Kreml: Russland sieht exterritoriales US-Prinzip in Sanktionsfragen äußerst negativ

Moskau verhält sich ausgesprochen negativ zu dem exterritorialen Grundsatz, an den sich die USA halten, darunter auch in Bezug auf Sanktionen. Dies erklärte der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, am Donnerstag.

„Ausgesprochen negativ. Die Exterritorialität solcher Gesetze ist für uns inakzeptabel. Wir sind eindeutig dagegen und verhalten uns nach wie vor äußerst negativ zu derartigen Sanktionssachen. Dabei möchte ich daran erinnern, dass es auch eine positive Auswirkung auf unsere Wirtschaft gibt, von der mehrmals der russische Präsident gesprochen hatte“, erwiderte Peskow auf die Bitte, das im Sommer verabschiedete US-Sanktionsgesetz gegen Russland zu kommentieren, welches die Behörden der Vereinigten Staaten verpflichtet, darauf zu achten, dass Personen und Firmen aus der aktuellen sowie aus den vorherigen Sanktionslisten keine Hilfe von Ausländern bekommen.

Zuvor hatte das US-Justizministerium ein Kommuniqué veröffentlicht, laut dem es amerikanischen natürlichen und juristischen Personen ab Ende Januar 2018 verboten ist, mit russischen Unternehmen bei Tiefsee-, Arktis- und Schieferölprojekten zusammenzuarbeiten. Später präzisierte ein hochrangiger Vertreter der US-Administration, dass es auch um russische Projekte für Energieträger-Pipelines gehe.

Ukrinform.ua: Ukraine und VAE einigen sich auf Visafreiheit

Nach den Verhandlungen des Präsidenten der Ukraine, Petro Poroschenko, mit dem Premierminister der Vereinigten Arabischen Emirate, Muhammad bin Raschid Al Maktum, wurde die Vereinbarung hinsichtlich der Visafreiheit zwischen den beiden Staaten getroffen, ließ der Pressedienst des ukrainischen Staatschefs mitteilen.

„Zwischen dem Ministerkabinett der Ukraine und der Regierung der Vereinigten Arabischen Emirate ist die Absichtserklärung über die Abschaffung der Visumpflicht unterschrieben worden. Es ist eine gute Nachricht für die ukrainischen Touristen. Allein im vergangenen Jahr haben die Vereinigten Arabischen Emirate mehr als 112.000 Ukrainer besucht“, heißt es in der Mitteilung.

Auch wurde ein Abkommen über die kulturelle Zusammenarbeit zwischen dem Ministerkabinett der Ukraine und der Regierung der Vereinigten Arabischen Emirate unterzeichnet.

„Die Unterzeichnung des Dokuments wird zur Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und den Vereinigten Arabischen Emiraten in den Bereichen Kunst und Kultur, des Austauschs von Informationen über Maßnahmen zum Schutz und zur Erhaltung des nationalen Kulturerbes sowie zur Förderung der nationalen Kultur der Ukraine und der Vereinigten Arabischen Emiraten beitragen“, stellte der Pressedienst des Präsidenten fest. Darüber hinaus wurde zwischen der Staatsweltraumagentur der Ukraine und der Weltraumagentur der Vereinigten Arabischen Emirate die Absichtserklärung im Bereich des Weltraumforschung unterzeichnet.

Das Dokument sieht die Entwicklung des gegenseitigen industriellen, wissenschaftlichen und technischen Austausches im Bereich der Weltraumforschung vor

de.sputniknews.com: „Kiewer Politiker wollten Krim im Blut ertränken“ – Ex-

Generalstabschef

Ukrainische Politiker haben nichts dafür getan, die Krim im Bestand der Ukraine zu halten, sondern sie wollten die Halbinsel im Blut ertränken. Das geht aus dem Vernehmungsprotokoll des ehemaligen Generalstabschefs der ukrainischen Streitkräfte, Juri Iljin, hervor.

Das Dokument sei auf der Facebook-Seite von Maxim Gerasko, dem Anwalt des geflüchteten ukrainischen Ex-Präsidenten Viktor Janukowitsch, veröffentlicht, schreibt das Portal Lenta.ru. Iljin zufolge hatten die Ereignisse 2014 auf dem Maidan-Platz in Kiew zunehmend Befürchtungen bei den Krim-Bewohnern ausgelöst. Die Oppositionellen hätten in persönlichen Gesprächen betont, nicht gewillt zu sein, einen Dialog mit den Krim-Bewohnern aufzunehmen.

So hatte Vitali Klitschko, heute Bürgermeister der ukrainischen Hauptstadt, versprochen, dass „man mit der Halbinsel noch härter umgehen wird als mit Kiew“. Der Chef der radikal nationalistischen Swoboda-Partei, Oleg Tjagnibok, drohte, die Krim-Bewohner würden sich noch „in eigenem Blut waschen“. „Wir werden sie wie einen Besen brechen“, so der Swoboda-Chef.

Nach dem Beginn der Massenaktionen für die Wiedervereinigung der Krim mit Russland wagte der damalige ukrainische Verteidigungsminister Igor Tenjuch jedoch nicht, einsatzbereite Schiffe aus ihren Stationierungshäfen herauszuführen. Ende Februar 2014 wurde die Bereitschaftsstufe der ukrainischen Streitkräfte auf Befehl von General Wladimir Samana und mit Zustimmung des damals amtierenden Staatspräsidenten Alexander Turtschinow von „voll“ wieder auf „ständig“ gesenkt....

de.sputniknews.com: **Proteste in Kiew verlaufen nach US-Szenario – Donezker Republikchef**

Die Protestaktionen in Kiew laufen nach dem US-amerikanischen Szenario ab. Diese Meinung äußerte der Chef der selbsterklärten Republik Donezk, Alexander Sachartschenko. „Das Schwungrad der Zerstörung, das auf dem Maidan-Platz im Februar 2014 in Bewegung gesetzt worden war, dreht sich weiter. Das wird früher oder später zum Zerfall der Ukraine führen“, sagte Sachartschenko bei einer Online-Videoansprache. „Mehr noch, ich habe einen nicht unbegründeten Verdacht, dass der Zerfall der Ukraine konkrete Auftraggeber und Ausführer hat.“

So ist laut dem Republikchef der ehemalige georgische Präsident und Ex-Gouverneur von Odessa, Michail Saakaschwili, einer der Ausführer des amerikanischen Szenarios. Denn die USA und konkret der Sondervertreter des US-Außenministeriums für die Ukraine, Kurt Volker, hätten Saakaschwili einen Freibrief für diese Proteste gegeben.

Saakaschwili sei dabei das wichtigste gelungen – eine Plattform zu schaffen, die später von denjenigen genutzt werden könne, die zu einem Staatsstreich und einer Machtübernahme wirklich bereit seien. „Was den Donbass angeht, so haben die heutigen Ereignisse mit unserer Zukunft nichts zu tun“, fügte der Republikchef hinzu.

Das Einzige, was das Schicksal des Donbass beeinflussen könnte, ist laut Sachartschenko „Kiews Zusammensturz“ als politisches und wirtschaftliches Zentrum. Denn aus dem dadurch entstandenen Chaos könne ein neues Land hervorgehen. „Und dieses neue Land ist für uns interessant“, so der Politiker weiter.

Mitte Oktober hatte in Kiew eine Protestaktion begonnen, die in russischsprachigen Medien auch „Michomaidan“ bezeichnet wurde (nach dem Organisator und Ex-Gouverneur von Odessa, Michail Saakaschwili). Die Protestler forderten die Aufhebung der Abgeordneten-Immunität, die Einrichtung von Anti-Korruptions-Gerichten sowie eine Reform des Wahlrechts. Die Demonstranten stellten vor der Werchowna Rada Dutzende Zelte auf und wollen dort solange verharren, bis ihre Forderungen erfüllt werden. Sollte dies nicht passieren, drohten sie mit der Absetzung des Präsidenten Petro Poroschenko. Am 19. Oktober beschloss das ukrainische Parlament, den Protestlern entgegenzukommen und eine Reihe von

Forderungen zu erfüllen.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/31795/52/317955248.jpg>

de.sputniknews.com: **Transnistrien: Russland besteht auf 5+2-Format**

Moskau plädiert für ein unverzügliches Treffen im 5+2-Format zwecks Konfliktregelung in Transnistrien, schreibt die Zeitung „Iswestija“ am Donnerstag.

Das Treffen sollte am besten bis Ende dieses Jahres stattfinden, sagte der russische Vizeaußenminister Grigori Karassin. Moskau würde seinerseits alles dafür tun, dass Chisinau und Tiraspol dabei praktische Ergebnisse erreichen.

Am 5+2-Format sind Moldawien und Transnistrien als Konfliktseiten, Russland, die Ukraine und die OSZE als Vermittler sowie die Uno und die USA als Beobachter beteiligt. Die Einberufung des Treffens zur Konfliktregelung in Transnistrien ist Österreich vorbehalten, das aktuell den Vorsitz in der OSZE innehat.

Der transnistrische Präsident Wadim Krasnoselski sagte gegenüber „Iswestija“, er habe seinen moldawischen Amtskollegen Igor Dodon aufgerufen, einen gemeinsamen Brief an den amtierenden OSZE-Vorsitzenden Sebastian Kurz zu schreiben. Dodon habe dieser Idee zugestimmt, aber die regierende Partei Moldawiens sei dagegen gewesen.

„Es ist nicht ganz klar, warum Österreich als OSZE-Vorsitzender zögert und darauf verweist, dass jedes offizielle 5+2-Treffen mit der Unterzeichnung von umfassenden Vereinbarungen zwischen Chisinau und Tiraspol enden muss. Das verlangsamt den Prozess und provoziert eine Anspannung der Situation“, so Karassin weiter: „Es müssen praktische Schritte her.“

Der moldawische Abgeordnete der Sozialistischen Partei und Ex-Botschafter in Russland, Wladimir Zurkan, sagte seinerseits, dass für die Regierungskreise in Chisinau reale Schritte zur Regelung des Transnistrien-Problems ungünstig wären, und deshalb werde die Einberufung des 5+2-Treffens hinausgezögert.

Er erinnerte daran, dass bei den ersten Treffen von Dodon und Krasnoselski gewisse Wege zur Lösung von praktischen Problemen festgelegt worden seien, doch dann habe die regierende Mehrheit „Spannungen mit Moskau provoziert“, was auch für den Dialog mit Tiraspol negative Folgen hatte.

„Tiraspol hat psychologisch gespürt, dass Chisinau keinen Dialog führen will, sondern Gewalt anwenden könnte. Der innenpolitische Kampf in Chisinau behindert die Einberufung des 5+2-Treffens und die Konfliktregelung im Allgemeinen“, stellte der Parlamentarier fest.

Er verwies darauf, dass Treffen in diesem Format schon seit langem nicht mehr einberufen

worden seien, so dass sich in dieser Zeit viele Probleme angehäuft hätten, die endlich besprochen werden sollten. „Dass es keinen Dialog gibt, trägt keineswegs zur Entspannung der Situation in der Region bei“, ergänzte Zurkan.

Dennoch besteht immer noch Hoffnung auf ein Treffen im 5+2-Format noch in diesem Jahr. Vor wenigen Tagen berichteten moldawische Medien, dass Premier Pawel Filip Beratungen mit Vertretern der Vermittler und Beobachter gehabt habe, wobei sich die Seiten darauf geeinigt hätten, ein Treffen vorzubereiten. Es könnte bis Ende November stattfinden.

Im Mittelpunkt wird die Aufstellung von Kontrollstellen auf dem transnistrischen Abschnitt der moldawisch-ukrainischen Grenze stehen. Transnistrien war dagegen, denn in diesem Fall würde es de facto in Isolation geraten.

Ein anderer Stein des Anstoßes ist das Thema Abzug der russischen Friedenstruppen aus Moldawien, worauf das Parlament in Chisinau besteht. Viele Experten fürchten, dass die angehäuft Probleme zwischen Chisinau und Tiraspol zur gewaltsamen „Regelung“ des Konflikts führen könnten.

de.sputniknews.com: „Kein Bombenabwurf aus dieser Distanz“: Russland widerspricht UN zu Giftgasangriff

Russische Militärspezialisten haben im Bericht der Vereinten Nationen zum mutmaßlichen Giftgasangriff auf die syrische Stadt Chan Scheichun mehrere technisch-physikalische Ungereimtheiten entdeckt, die die Schuldzuweisung an die Regierungsarmee Syriens in Frage stellen.

Vor allem könne die Behauptung nicht stimmen, dass es eine Su-22 der syrischen Luftwaffe gewesen sei, die Anfang April eine Fliegerbombe mit dem Nervengas Sarin in dem Ort abgeworfen habe, erklärte ein Vertreter des russischen Verteidigungsministeriums am Donnerstag auf einer extra einberufenen Pressekonferenz in Moskau.

Bombenabwurf aus 5 km Entfernung unmöglich

Das besagte Flugzeug sei in der Tat am 4. April 2017 zwischen 06.30 und 07.00 Uhr über der Gegend geflogen, jedoch in einer Entfernung von mindestens fünf Kilometer von Chan Scheichun, sagte der Sprecher.

Deshalb habe ihm „jede physikalische Möglichkeit gefehlt“, über diesem Ort eine Bombe abzuwerfen.

Krater untypisch

Die Form des Kraters lasse überhaupt Zweifel daran aufkommen, dass Chan Scheichun von der Luft aus angegriffen worden sei, so der Sprecher weiter. Der Krater sei nämlich rechteckig, während eine von einem Flugzeug abgeworfene Bombe entweder einen elliptischen oder einen runden Trichter hinterlasse.

Darüber hinaus sei der Asphalt eingedrückt. „Daraus kann geschlossen werden, dass der Sprengsatz zu dem Zeitpunkt seiner Explosion statisch auf der Asphaltoberfläche gelegen hat.“

Mantel der „Bombe“ aus falschem Stahl

Auch die Metallteile, bei denen es sich nach Darstellung der internationalen Ermittler um Bombensplitter handeln soll, rufen beim russischen Militär Bedenken hervor.

„Alle Fliegerbomben werden aus hochlegiertem Stahl gebaut, der bei der Detonation des Sprengstoffes in kleine herumfliegende Teile zersplittert“, sagte der Sprecher. „Dieses Foto zeigt jedoch ein suspektes Blech, das als Überreste einer Bombe ausgegeben wird.“

Die typischen Verbeulungen und Risse würden dafür sprechen, dass das Metall ziemlich plastisch sei. Das könne wiederum dafür sprechen, dass „die Munition selbstgebastelt wurde, etwa aus einem Wasserrohr.“

Wenn beim Abwurf einer Fliegerbombe die Explosion ausbleibe und die Bombe in den Boden eindringe, durchbohre sie einen Kanal. „Der Durchmesser dieses Kanals entspricht dem Durchmesser der Bombe, wobei in dem Kanal unbedingt Bestandteile der Bombe übrig

bleiben. Auf dem vorgestellten Bild sind weder der Kanal noch die Bestandteile der Bombe zu sehen.“

Die Darstellung des Untersuchungsteams JIM platze, kommentierte Michail Uljanow, Abteilungsleiter Non-Proliferation und Rüstungskontrolle im russischen Außenministerium, der ebenfalls an der Pressekonferenz teilnahm. Er verwies darauf, dass bei der Explosion einer Bombe immer ihr Leitwerk im Krater übrigbleibe. „Ein Leitwerk ist aber auf keinem der Bilder zu sehen.“

Syrische Rebellen hatten Anfang April rund 80 Tote und 200 Verletzte bei einer Giftgas-Attacke in der Stadt Chan Scheichun gemeldet und die Regierungstruppen dafür verantwortlich gemacht. Die syrische Armee wies diese Vorwürfe zurück und sprach von einer Inszenierung.

Trotz fehlender Schuldbeweise gegen die syrische Regierung feuerte die US Navy schon drei Tage später Dutzende Tomahawk-Raketen auf den syrischen Militärflugplatz Schairat ab. Am 26. Oktober präsentierte das gemeinsame Untersuchungsteam JIM der Vereinten Nationen und der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) einen Bericht zu dem Vorfall, in dem sie die Truppen der syrischen Regierung für die Attacke verantwortlich machen.

armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin

In Richtung Donezk hat der Gegner Artillerie, Mörser, Schützenpanzerwaffen, verschiedene Arten von Granatwerfern und Schusswaffen verwendet. Auf die Gebiete von **12 Ortschaften** wurden 13 Panzergeschosse, 292 Mörsergeschosse des Kalibers 120 und 82mm abgeschossen.

In Richtung Mariupol wurden auf die Gebiete von **Leninskoje und Kominternowo 44** Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgeschossen, außerdem wurden Granatwerfer und Schusswaffen verwendet.

In Richtung Gorlowka haben die ukrainischen Streitkräfte **Shelesnaja Balka** mit Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Insgesamt wurden in den letzten 24 Stunden **44 Verletzungen des Regimes der Feueinstellung** von den Positionen der ukrainischen Streitkräfte aus festgestellt.

Am meisten wurde das **Gebiet in der Nähe des Flughafens beschossen**, wo der Gegner auf die Minsker Vereinbarungen spuckt und weiterhin erfolglose Versuche unternimmt, uns von unseren Positionen zu vertreiben.

Außerdem gingen die **Mörserbeschüsse des Beobachterpunkts des Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination** in der Nähe von Besymennoje weiter, der für die Straftruppen ein Zielpunkt geworden ist.

Das 3. Bataillon der 25. Luftlandebrigade, das zur Ablösung der 72. mechanisierten Brigade im Gebiet von Awdejewka eingetroffen ist, erleidet weiter Verluste.

So starb nach Angaben unserer Aufklärung in der Folge von unvorsichtigem Umgang mit Munition (eine Granate RGL-5) ein Soldat mit Codenamen „Gjursa“.

Es entsteht der Eindruck, dass zur Ablösung der 72. mechanisierten Brigade nicht Luftlandesoldaten eingetroffen sind, sondern irgendein Volksstamm, der jeden Tag nicht kampfbedingte Verluste in die „ATO“-Statistik einbringt. Selbst in der 72. Brigade gab es so etwas nicht.

Dabei kommen bei dieser Rotation nach Erklärung der militärischen Führung der Ukraine Einheiten, die nach NATO-Standards gebildet und ausgebildet wurden. Aber irgendwas hat nicht funktioniert: entweder sind die Instrukteure unfähig oder die Menschen nicht lernfähig. In jedem Fall geht im 199. Ausbildungszentrum im Oblast Shitomir die Ausbildung von Einheiten der ukrainischen Streitkräfte durch **Instrukteure aus den NATO-Ländern Polen, Kanada und USA** weiter.

Unter den Auszubildenden ist ein Aufklärungsbataillon, das aus 160 Vertragssoldaten und 200

Wehrpflichtigen besteht.

Derzeit beginnen bei uns Mitteilungen von wehrpflichtigen Soldaten der ukrainischen Streitkräfte über sehr brutales schikanöses Verhalten und Erpressung von Seiten der Vertragssoldaten einzutreffen.

Alle kleinen Vergehen werden mit Schlägen oder Beleidigungen bestraft und die größeren mit finanziellen „Strafgebühren“ in die sogenannten „Gemeinschaftskasse“ der Einheiten.

Außerdem beschwerten sich die Soldaten darüber, dass die angekündigte Ausbildung durch ausländische Instrukteure äußerst selten durchgeführt wird. Und anstelle der Übungen, für die keine Instrukteure herangezogen werden, reparieren die Auszubildenden die Kasernen- und Unterrichtsräume und säubern das Territorium.

So können wir den Schluss ziehen, dass die nach NATO-Standards gebildeten und ausgebildeten Einheiten der ukrainischen Streitkräfte eine gewöhnliche Fiktion sind, für die ein weiteres Mal viele Millionen finanzielle Mittel abgeschrieben werden, aber die Soldaten erhalten nicht einmal eine grundlegende militärische Ausbildung, die zu sowjetischer Zeit in der Grundausbildung gelehrt wurde. Mehr noch, die Ukraine wird für all diese qualitativ minderwertige Ausbildung auch noch von den ausländischen „Unterstützern“ in Schulden getrieben, weswegen die Staatsschulden für die Ukraine eine untilgbare Last werden.

de.sputniknews.com: Reizfaktor mit Vorgeschichte: Iskander-Raketen und US-Vorwürfe gegen Moskau

Das russische Kurzstrecken-Raketensystem Iskander irritiert die USA wegen seiner Effizienz nicht weniger als einst das sowjetische System Oka. Obwohl keine der beiden Waffen gegen den INF-Vertrag verstößt, werden immer wieder Vorwürfe gegen Moskau erhoben. So kommentiert der russische TV-Sender Swesda die Situation.

Zur Vorgeschichte berichtet der Sender auf seiner Webseite, im Jahr 1980 habe die sowjetische Armee Kurzstrecken-Raketensysteme des Typs Oka bekommen (Nato-Codename: SS-23 Spider): „Mit ihrer Tarnkappentechnik galten sie zu jenem Zeitpunkt als weltbeste ihrer Klasse.“

Die Reichweite jener Systeme habe 400 Kilometer betragen und damit keineswegs gegen den später geschlossenen INF-Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme verstoßen: „Doch ihre hohe Präzision missfiel den Amerikanern schrecklich – und sie taten alles, um die Oka-Systeme in den Vertrag zur Vernichtung mit einzubeziehen.“

Letztendlich seien jene Raketen komplett entsorgt worden, stellt der Sender fest und kommentiert:

„Der INF-Vertrag wurde unterzeichnet, als es zwei Militärblöcke gab, also den Warschauer Pakt und die Nato. Seitdem sind 30 Jahre vergangen und die Situation des strategischen Gleichgewichts weltweit hat sich grundsätzlich geändert. Der Warschauer Pakt zerfiel, die Nato besteht dagegen weiter – und schiebt mit jedem Jahr ihre Basen sowie Anlagen der globalen US-Raketenabwehr immer näher an die russische Grenze. Damit bekommt die Nato als Russlands potenzieller Gegner einen Vorteil bei konventionellen Waffen in Europa.“ Dabei zeige sich die Nato besorgt über russische Raketensysteme des Typs Iskander im Gebiet Kaliningrad. „Iskander ist faktisch das verbesserte und gründlich modernisierte Oka-System, das die Amerikaner vor 30 Jahren so gefürchtet hatten“, erläutert der Sender.

Das Iskander-Raketensystem verstoße ebenfalls gegen keine internationalen Verträge, irritiere aber trotzdem die Amerikaner, und zwar wegen seiner Effizienz. Die Flugbahn der Rakete sei für den Gegner absolut unkalkulierbar: „Während des Flugs manövriert die Rakete selbständig in Sachen Höhe und Richtung. Auf ihr Ziel stürzt sie von oben streng senkrecht, was das Abfangen immens erschwert.“

„Verständlicherweise ist die Rakete mit solchen Präzisions-Parametern ein äußerst starker Reizfaktor für den Gegner, vor allem für die Amerikaner, die ihre Raketenabwehr-Komponenten in Europa stationieren. Es ist kein Wunder, dass Iskander ständig Vorwürfe

veranlasst, wonach Russland gegen den INF-Vertrag verstoße“, so der Kommentar. Wie der Sender erläutert, übertrifft die Iskander-Reichweite nach Ansicht der USA 500 Kilometer und ist damit angeblich größer als Russland offiziell angibt. „Wenn unsere Diplomaten jedoch darum bitten, Beweise zu liefern (lieber mit objektiven Kontrolldaten), erwidern die USA gewöhnlich, dass solche Daten zwar vorhanden, aber geheim seien – und deshalb nicht vorzulegen“, so der Sender ironisch.

Ukrinform.ua: Turtschynow bespricht mit litauischen Abgeordneten Sanktionen gegen Russland

Der Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine, Oleksandr Turtschynow, hat mit den Abgeordneten des Ausschusses für nationale Sicherheit und Verteidigung des litauischen Seimas die Verteidigungszusammenarbeit, Fragen der Abwehr der Aggression Russlands und die Verschärfung der Sanktionen gegen Russland erörtert, ließ der Pressedienst des Sicherheitsrates berichten.

Während des Treffens wurden Fragen der Intensivierung der Zusammenarbeit im Verteidigungs- und Sicherheitssektor und seine Reform sowie die Situation im Donbass besprochen.

„Die Mitglieder des Ausschusses haben das Augenmerk auf die Bedeutung der Erfahrung der Ukraine bei der Abwehr der Aggression seitens der Russischen Föderation gerichtet. In diesem Kontext haben sich die Parteien für die weitere Koordination von Handlungen zwecks der Gewährleistung der Sicherheit in Europa ausgesprochen, sie haben die Wichtigkeit nicht nur der Verlängerung, sondern auch der Verschärfung der Sanktionen gegen Russland betont, bis alle besetzten Gebiete der Ukraine befreit sind“, heißt es in der Meldung.

de.sputniknews.com: Neuer US-Botschafter kommt ins russische Verteidigungsministerium
Der amerikanische Botschafter in Moskau Jon Huntsman ist am Donnerstag ins russische Verteidigungsministerium gekommen, um mit dessen Leiter Sergej Schoigu zu sprechen.

„Bei dem Treffen tauschten sich Schoigu und Huntsman über die bilateralen Beziehungen zwischen Russland und den USA und über aktuelle bilaterale Fragen aus“, teilte das Verteidigungsministerium ohne nähere Angaben mit.

US-Präsident Donald Trump hatte Huntsman am 18. Juli 2017 zum neuen US-Botschafter Russland berufen. Am 3. Oktober trat Huntsman sein Amt an.

Abends:

de.sputniknews.com: Kreml zu positivem Effekt antirussischer Sanktionen

Die von den USA verhängten Sanktionen gegen Russland wirken sich laut Kreml-Sprecher Dmitri Peskow positiv auf die russische Wirtschaft aus. Gleichzeitig bezeichnete er die Maßnahmen als „inakzeptabel“.

So kommentierte Peskow am Donnerstag vor Journalisten das amerikanische Gesetz, das Washington zur Kontrolle darüber verpflichtet, dass Personen und Unternehmen auf den US-Sanktionslisten keine ausländische Hilfe erhalten....

Dnr-online.ru: Das Gesundheitsministerium der DVR führt Untersuchungen in einer Reihe von Einrichtungen des Gesundheitswesens durch, berichtete heute in einem Interview mit der offiziellen Seite der DVR der Gesundheitsminister Alexandr Oprischtschenko.

„Vom Gesundheitsministerium der DVR wird mit dem Ziel der Kontrolle über den Verkauf

von Medikamenten, die mit Haushaltsmitteln gekauft wurden oder über die humanitäre Hilfe erhalten wurden, eine verpflichtende Markierung aller Medikamente eingeführt. Der Erlass trat vor einem Monat in Kraft. Die leitenden Ärzte müssen bis 1. Januar 2018 eine vollständige Markierung gewährleisten. Um eine vorläufige Kontrolle über die Erfüllung dieses Erlasses zu gewährleisten und Fehler und Unterlassungen von Seiten der medizinischen Einrichtungen zu beseitigen, wird das Gesundheitsministerium eine Reihe ausgewählter Kontrolle in medizinischen Einrichtungen zusammen mit Vertretern des Informationsministerium durchzuführen, die diese auf Video festhalten wird. Ein Teil der Präparate ist bereits markiert und wenn Einwohner der Republik in den Apotheken diese Medikamente sehen, sollen sie die Hotline des Gesundheitsministeriums anrufen. Das medizinische Personal ist nicht berechtigt, mit diesen Präparaten zu handeln. Wenn Ihnen angeboten wird, Präparate direkt zu kaufen, so ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass sie aus Haushaltsmitteln gekauft wurden oder über die humanitäre Hilfe geliefert wurden. Und damit müssen die Einwohner der Republik kostenlos versorgt werden“, sagte Alexandr Oprischtschenko.

Wir erinnern daran, dass alle Einrichtungen des Gesundheitswesens der DVR die Behandlung von Bürgern mit den vorhandenen Medikamente kostenlos durchführen. Wenn Mitarbeiter einer medizinischen Einrichtung von Ihnen Geld für Medikamente fordern oder Ihnen vorschlagen, Medikamente bei ihnen zu kaufen, wenn sie Markierungen an Medikamenten sehen, die in der Apotheke verkauft werden, rufen Sie die Hotline an oder wenden Sie sich an die Rechtsschutzorgane.

de.sputniknews.com: Moskau: US-Verzicht auf Kooperation mit russischen Sicherheitsdiensten „leichtsinnig“

Der Verzicht der USA auf die Zusammenarbeit mit den russischen Sicherheitsdiensten ist angesichts des jüngsten Terroranschlags in New York unvernünftig. Darüber sprach die Sprecherin des Außenministeriums in Moskau, Maria Sacharowa, bei einem Briefing am Donnerstag.

„Der Kurs Washingtons auf eine weitere Degradierung der russisch-amerikanischen Beziehungen ruft Bedauern hervor. Das ist eine absolut kurzsichtige Politik, deren negative Folgen gefährlich sein können“, unterstrich Sacharowa.

Ihr zufolge ruft das Verbot des Zusammenwirkens mit den russischen Sicherheitsdiensten „echtes Erstaunen hervor und versetzt einen Schlag gegen den gemeinsamen Kampf gegen den Terrorismus“.

Sacharowa machte zudem darauf aufmerksam, dass eine solche „Blockierung der Kooperation zwischen den Sicherheitsdiensten angesichts der blutigen Aktion eines Anhängers des ‚Islamischen Staates‘ am 31. Oktober in New York einfach leichtsinnig“ sei.

„Wir fühlen mit den Angehörigen der Menschen, die ums Leben gekommen sind, und mit den Betroffenen“, fügte die Sprecherin hinzu. „Hier gibt es keine anderen Worte als die der Unterstützung und des offenen Mitgefühls.“